

Stefanie Wahl

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Hegelallee 3
14467 Potsdam

Telefon 0331 / 23 72 92 - 16

Telefax 0331 / 23 72 92 - 29

stefanie.wahl@lakd.brandenburg.de

Pressemitteilung Nr. 7 vom 11. Mai 2020

Dr. Maria Nooke übergab den 5. Tätigkeitsbericht der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten an die Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke und stellte ihn den Medien vor

Der Tätigkeitsbericht umfasst die Arbeit der Jahre 2018/2019. Das Interesse an der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Brandenburg und den Aktivitäten der Landesbeauftragten und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist auch zehn Jahre nach Einrichtung der Aufarbeitungsbehörde und drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution und der deutschen Einheit groß.

Die Aufarbeitungsbeauftragte setzte sich für eine Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze ein, die Änderungen traten am 29. November 2019 in Kraft. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehören die Entfristung der Gesetze, die Erhöhung der Leistungen für ehemals politisch Verfolgte und die Verbesserung beim Zugang zu Unterstützungsleistungen. „Erste Entscheidungen auf Grundlage der neuen Regelungen sind bereits erfolgt“, führte Dr. Maria Nooke aus. „Besonders bedeutsam ist der verbesserte Zugang für ehemalige Heimkinder zur Rehabilitierung für Einweisungen in Spezialheime durch die DDR-Jugendhilfe. Erstmals sind auch Einmalzahlungen für Zersetzungsoffer möglich.“

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit war die Diskussion um die Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde in Brandenburg. Im Berichtszeitraum konnte erreicht werden, dass auch zukünftig ein Archiv in Brandenburg bestehen wird. Über den Standort muss zeitnah entschieden werden. Dr. Maria Nooke betonte, „Der Prozess der Überführung des BStU ins Bundesarchiv bietet die Chance, die strukturelle Schlechterstellung durch nur eine Außenstelle in Brandenburg zu verbessern und die Aufarbeitung im gesamten Land zu stärken.“ Dafür schlägt sie einen zweiten Standort mit der Schwerpunktsetzung Beratung, Auskunft und Information vor, der die bewährte Außenstelle in Frankfurt (Oder) verstärkt und mit der regionalen Bildungs- und Aufarbeitungslandschaft vernetzt wird. Sinnvoll wäre die Ansiedlung der neuen Außenstelle auf dem Gelände der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.

Die Beratung politisch Verfolgter der SBZ/SED-Diktatur wurde fortgesetzt und erweitert. Mobile Beratung fand an 43 Orten statt. Im Berichtszeitraum wandten sich mehr als 800 Bürgerinnen und Bürger erstmalig an die LAKD. Insgesamt gab es mehr als 6.000 Kontakte von Ratsuchenden zu Beratungsfragen. Damit stieg die Anzahl der Gesamtkontakte im Vergleich zum Vorberichtszeitraum leicht an. Bürgerinnen und Bürger suchten Unterstützung bei der Einsichtnahme in die vom MfS über sie oder Angehörige angelegten Akten, wünschten Beratung in Fragen ihrer politischen

Rehabilitierung oder Begleitung bei der Beantragung von Hilfen wegen gesundheitlicher Folgeschäden auf Grund der politischen Verfolgung.

Zu den übergreifenden Themen gehörte anlässlich des Jubiläums 30 Jahre Friedliche Revolution in Brandenburg das Jahresthema „Für ein offenes Land mit freien Menschen“, das gleichzeitig auch Arbeitsschwerpunkt im Bereich der historisch-politischen Bildung der Behörde war. Die Positiverfahrungen der Friedlichen Revolution im Jahr 1989 wurden in einem dialogorientierten Programm aufgegriffen. In verschiedenen Orten im Land Brandenburg entwickelte das Team der LAKD Veranstaltungsformate mit lokalem Bezug. Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Diskussionen über den Prozess der deutschen Einheit, einer zunehmenden Demokratieverdrossenheit und der erneuten Betonung von Ost-West-Unterschieden boten die Gesprächsveranstaltungen die Chance, generationenübergreifend über persönliche Erfahrungen ins Gespräch zu kommen. Diverse Formate – darunter Kunst-Workshops mit Schülern, das Jugendmedienprojekt #momentmal, eine Veranstaltung zu Auftrittsverboten in der DDR mit einem Stephan-Krawczyk-Konzert, mehrere Gesprächsabende und ein Forschungsprojekt zur Auflösung der MfS-Kreisdienststellen auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg – wurden mit unterschiedlichen Projektpartnern umgesetzt.

Über ein Sonderförderprogramm zum Jahresthema konnten Projekte von freien und öffentlichen Trägern gefördert werden. Unter den Projekten waren vier Ausstellungen, eine Theaterproduktion und vier Jugendprojekte. Die Fördersumme betrug insgesamt 25.000 €.

Auf der Webseite der Aufarbeitungsbeauftragten liegen zum Download bereit:

- der Tätigkeitsbericht unter <https://aufarbeitung.brandenburg.de/ueber-uns/berichte/>
- die Ergebnisse der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze unter <https://aufarbeitung.brandenburg.de/presse/pressefotos/>

Auf Wunsch können Ihnen ein Exemplar des Tätigkeitsberichts und Materialien zu zwei Fallgeschichten zugesandt werden.